

Satzung
des
Vereins Demokratische Schule Düsseldorf e. V.

§ 1 Name, Sitz und Geschäftsjahr

- (1) Der Verein führt den Namen "Demokratische Schule Düsseldorf"; er wird in das Vereinsregister eingetragen und führt ab Eintragung den Zusatz „e. V.“.
- (2) Sitz des Vereins ist Düsseldorf.
- (3) Das Geschäftsjahr reicht vom 1. August eines Jahres bis zum 31. Juli des darauffolgenden Jahres.

§ 2 Vereinszweck und Gemeinnützigkeit

- (1) Zweck des Vereins ist die Förderung der selbstbestimmten Bildung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, im Folgenden Schülerinnen und Schüler genannt.
- (2) Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch
 - a) Trägerschaft von Schulen und von Einrichtungen der Kindertagesbetreuung sowie durch die Bereitstellung von Übernachtungsmöglichkeiten, in denen das Recht auf selbstbestimmtes Lernen gewährleistet ist.
 - b) Unterstützung der Verbreitung von Erkenntnissen nationaler und internationaler Forschungsarbeiten zum Thema „selbstbestimmtes Lernen“. Diese werden einer breiten Öffentlichkeit insbesondere im Raum Düsseldorf zugänglich gemacht.
 - c) Unterstützung von Austausch, Gesprächen und Zusammenarbeit mit bildungspolitischen Institutionen und Personen des öffentlichen Lebens im Großraum Düsseldorf.
 - d) Förderung des Austausches seiner Mitglieder untereinander, sowie des Austausches zwischen natürlichen und juristischen Personen, die die Grundsätze des § 3 unterstützen.
- (3) Zur Verwirklichung des Vereinszwecks ist die Zusammenarbeit mit oder die Beteiligung an gemeinnützigen Organisationen mit gleicher oder ähnlicher Zielrichtung möglich.
- (4) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
- (5) Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (6) Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden.

- (7) Die Mitglieder erhalten in ihrer Eigenschaft als Mitglied keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Sie haben bei ihrem Ausscheiden keinerlei Ansprüche an das Vereinsvermögen.
- (8) Keine Person darf durch Ausgaben, die den Zwecken des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 3 Grundsätze des selbstbestimmten Lernens

- (1) Der Verein und die von ihm getragenen Schulen und Einrichtungen, im Folgenden Schule genannt, orientieren sich an der Sudbury Valley School in Framingham, Massachusetts (USA). Als selbstbestimmte Bildung oder selbstbestimmtes Lernen im Sinne des Vereinszwecks wird die Bildung von Menschen bezeichnet, wenn folgende Grundsätze unabhängig vom Alter des einzelnen Menschen erfüllt sind:
 - a) Jede Schülerin bzw. jeder Schüler bestimmt Art und Umfang des eigenen Lernens selbst. Der Zeitpunkt sowie die Zeitdauer einzelner Lernabschnitte werden ebenfalls von jeder Schülerin und jedem Schüler selbst bestimmt.
 - b) Lernen wird als Prozess angesehen, der sich aus den Interessen der jeweiligen Schülerin bzw. des jeweiligen Schülers, wie sie es selbst definieren, ergibt und nur durch diese Schülerin bzw. diesen Schüler definiert werden darf. Es ist dabei unerheblich, ob andere als diese Schülerin bzw. dieser Schüler die jeweiligen Handlungen und Entscheidungen für sinnvoll oder förderlich bzw. überhaupt für Lernen halten oder nicht.
 - c) Jede Schülerin bzw. jeder Schüler bestimmt selbst, ob sie oder er eine Bewertung ihres bzw. seines Lernens, der Fähigkeiten bzw. Eigenschaften wünscht, und wem eine solche Bewertung mitgeteilt werden darf. Dies gilt auch den Eltern bzw. den Sorgeberechtigten gegenüber.

§ 4 Grundsätze für Einrichtungen in Trägerschaft des Vereins

- (1) Die Auswahl der Schülerinnen und Schüler erfolgt unabhängig von den Besitzverhältnissen der Eltern. Eine Sonderung nach den Besitzverhältnissen der Eltern findet somit nicht statt.
- (2) Im Rahmen ihrer räumlichen, finanziellen und personellen Kapazitäten stehen die Schulen und Einrichtungen allen Schülerinnen und Schülern offen, die die hier dargelegten Grundsätze akzeptieren. Eine Beschränkung des Aufnahmealters ist gemäß § 4, Abs. 9 möglich.
- (3) Alle Beteiligten haben in ihren jeweiligen Gremien unabhängig von ihrem Alter die gleichen Rechte. Zu den Gremien gehören insbesondere die Mitgliederversammlung, der Vorstand des Vereins sowie die Schulversammlung. Ausnahmen sind nur zulässig für das Alter von Schülerinnen und Schülern bei der Aufnahme oder soweit gesetzliche Regelungen dies als unabdingbar vorschreiben. Insbesondere ist die Stellung der Schülerinnen und Schüler weder der Stellung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch der Sorgeberechtigten oder anderen mit Erziehungsfragen beauftragten Personen nachgeordnet.
- (4) Jede Diskriminierung ist unzulässig. Insbesondere darf niemand wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Heimat und Herkunft, seiner Behinderung, seiner sexuellen Orientierung, seiner Lebensgewohn-

heiten, seines Aussehens, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen oder wegen seiner früheren schulischen Leistungen benachteiligt oder bevorzugt werden.

- (5) Eine von der Schülerin bzw. dem Schüler nicht erwünschte versuchte Einflussnahme durch Mitarbeiterinnen, Mitarbeiter und Vereinsmitglieder auf ihre bzw. seine Entscheidungen bezüglich § 3 ist unzulässig.
- (6) Unterteilung oder Separation der Schüler nach dem Alter ist unzulässig. Die Einrichtungen werden weder in Klassen noch in Jahrgangsstufen oder dergleichen gegliedert.
- (7) Alle Angelegenheiten der Schule werden von einer demokratisch arbeitenden Schulversammlung geregelt. Die Schulversammlung besteht aus allen Schülerinnen und Schülern und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Schule. Jede Schülerin und jeder Schüler, jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter ist in der Schulversammlung stimmberechtigt. Jede Stimme hat das gleiche Gewicht. Beschlüsse werden durch Mehrheitsentscheidungen gefällt, die in der Geschäftsordnung geregelt sind. Schulversammlungen müssen rechtzeitig angekündigt werden.
- (8) Die Schulversammlung ist berechtigt, bestimmte Aufgaben an Komitees zu übertragen. Aufgaben und Befugnisse des jeweiligen Komitees werden von der Schulversammlung festgelegt und können von dieser jederzeit abgeändert werden.
- (9) Die Schulversammlung wählt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, legt einen Haushaltsentwurf vor und bestimmt die Schulregeln. Sie kann ein Mindest- und ein Höchstalter für die Aufnahme neuer Schülerinnen und Schüler festlegen, wobei das Mindestaufnahmearter nicht über 6 Jahren und das Höchstaufnahmearter nicht unter 16 Jahren liegen darf.
- (10) Die von der Schulversammlung beschlossenen Schulregeln sowie ihre Abänderungen und Aufhebungen werden in ein Schulregelbuch aufgenommen und sind jeder Schülerin und jedem Schüler, jeder Mitarbeiterin und jedem Mitarbeiter oder Vereinsmitglied auf Verlangen zugänglich zu machen.
- (11) Schulregeln müssen den in dieser Satzung dargelegten Grundsätzen aus § 3 und § 4 entsprechen.

§ 5 Ordentliche Mitgliedschaft

- (1) Ordentliches Mitglied des Vereins können nur natürliche Personen werden, die den Zweck des Vereins unterstützen.
- (2) Über die vorläufige Aufnahme entscheidet der Vorstand. Über die endgültige Aufnahme entscheidet die nächste Mitgliederversammlung mit Zwei-Drittel-Mehrheit. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Schülerinnen und Schüler der Schulen, die der Verein trägt, haben Anspruch auf die Aufnahme als Mitglied. Dies gilt auch für die Eltern dieser Schülerinnen und Schüler. Der Anspruch auf Mitgliedschaft erlischt im Fall von § 5 Abs. 4 c.
- (3) In den ersten sechs Monaten der Mitgliedschaft, gerechnet ab der vorläufigen Aufnahme durch den Vorstand, hat das Mitglied nur dann ein Stimmrecht in der Mitgliederversammlung, wenn es in ein dieser Satzung entsprechendes Amt des Vereins gewählt wurde. Gründungsmitglieder sind von dieser Regelung

ausgenommen. Wird ein früheres Mitglied des Vereins erneut Mitglied, werden frühere Mitgliedschaftszeiten auf die Sechs-Monats-Frist angerechnet.

- (4) Die Mitgliedschaft wird beendet
 - a) durch Tod,
 - b) durch Austritt, der nur schriftlich oder zur Niederschrift gegenüber dem Vorstand erklärt werden kann. Der Austritt wird zum Ende des der Kündigung folgenden Monats wirksam.
 - c) durch Ausschluss. Hat ein Mitglied in erheblichem Maß gegen die Vereinsinteressen verstoßen, kann es durch Beschluss des Vorstands oder der Mitgliederversammlung ausgeschlossen werden. Vor dem Ausschluss ist dem betreffenden Mitglied Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Die Entscheidung über den Ausschluss ist dem betreffenden Mitglied gegenüber schriftlich zu begründen. Gegen den Ausschluss kann das betreffende Mitglied innerhalb einer Frist von 4 Wochen ab Zugang des Beschlusses schriftlich Berufung beim Vorstand einlegen. Legt das Mitglied Berufung ein, kann sein Ausschluss nur von der Mitgliederversammlung mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit beschlossen werden. Macht das Mitglied von seinem Recht auf Berufung keinen Gebrauch, so wird der Ausschluss zum Ende der Berufungsfrist wirksam.
 - d) durch Ausschluss wegen mangelndem Interesse. Er kann durch Beschluss des Vorstandes erfolgen, wenn das Mitglied ohne entschuldigenden Grund für mindestens sechs Monate die fälligen Beiträge nicht bezahlt hat und trotz Mahnung an die letzte bekannte Anschrift den Rückstand nicht innerhalb eines Monats voll entrichtet. In der Mahnung muss auf den bevorstehenden Ausschluss hingewiesen werden.
- (5) Bei dem Ausscheiden aus dem Verein hat ein Mitglied keinen Anspruch bezüglich des Vereinsvermögens.

§ 6 Außerordentliche Mitgliedschaft

- (1) Natürliche und juristische Personen können Fördermitglieder werden. Fördermitglieder haben kein Stimmrecht in der Mitgliederversammlung. Über die Aufnahme von Fördermitgliedern entscheidet der Vorstand.
- (2) Fördermitglieder werden zu allen Veranstaltungen des Vereins rechtzeitig durch den Vorstand eingeladen. Eine Teilnahme von Fördermitgliedern an der Mitgliederversammlung ist ausdrücklich erwünscht.
- (3) Ehrenmitglieder des Vereins können natürliche Personen werden, die sich besondere Verdienste zur Förderung selbstbestimmten Lernens erworben haben oder die Vereinsziele in herausragendem Maße unterstützen oder unterstützt haben.
- (4) Die Ernennung zu Ehrenmitgliedern des Vereins erfolgt, nach Vorschlag durch den Vorstand, durch die Mitgliederversammlung. Bei natürlichen Personen, die keine ordentlichen Mitglieder des Vereins sind, ist eine schriftliche Zustimmung zur Annahme der Ehrenmitgliedschaft erforderlich. Diese Zustimmung gilt gleichzeitig als Beitrittserklärung in den Verein. In diesem Fall entfällt die Sperrfrist nach § 5, Abs. 3.

- (5) Ehrenmitglieder haben alle Rechte ordentlicher Mitglieder, insbesondere sind sie in der Mitgliederversammlung stimmberechtigt.
- (6) Ehrenmitglieder sind von der Zahlung des Mitgliedsbeitrages nach § 7 befreit.
- (7) Für außerordentliche Mitglieder gelten § 5, Abs. 4 und 5 sinngemäß.

§ 7 Mitgliedsbeiträge

- (1) Die Mitgliederversammlung erlässt eine Beitragsordnung, die die Höhe und Fälligkeit der zu zahlenden Beiträge regelt. Die Mitgliederversammlung kann beschließen, dass ein Aufnahmebeitrag erhoben wird und dass nach unterschiedlichen Mitgliedergruppen differenzierte Beiträge (z. B. für Schülerinnen und Schüler und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) erhoben werden.
- (2) Der Vorstand ist berechtigt, Mitgliedsbeiträge zu stunden, sofern dafür sachgerechte Gründe vorliegen. Dabei müssen die wirtschaftlichen Belange des Vereins berücksichtigt werden.

§ 8 Organe des Vereins

- (1) Die Organe des Vereins sind
 - (a) die Mitgliederversammlung,
 - (b) der Vorstand,
 - (c) die Ausschüsse.

§ 9 Mitgliederversammlung

- (1) Oberstes Organ ist die Mitgliederversammlung. Sie wird in der Regel vom Vorstandsvorsitzenden geleitet und findet mindestens einmal im Jahr statt.
- (2) Alle Mitglieder sind zur Teilnahme an der Mitgliederversammlung berechtigt.
- (3) Die Mitgliederversammlung stellt die Richtlinien für die Arbeit des Vereins auf und entscheidet Fragen von grundsätzlicher Bedeutung. Zu den Aufgaben der Mitgliederversammlung gehören insbesondere:
 - a) die Aufnahme neuer Vereinsmitglieder
 - b) die Ernennung von Ehrenmitgliedern
 - c) Wahl und Abwahl des Vorstandes
 - d) Beschlussfassung über die Arbeit von Ausschüssen
 - e) Beratung über den Stand und die Planung der Arbeit
 - f) Beschlussfassung über die allgemeinen Richtlinien für Betrieb und Entwicklung der Schulen
 - g) Genehmigung des vom Vorstand vorgelegten Wirtschafts- und Investitionsplans, insbesondere über den Haushalt der Schulen
 - h) Beschlussfassung über den Jahresabschluss
 - i) Entgegennahme des Jahresberichts des Vorstandes
 - j) Beschlussfassung über die Entlastung des Vorstandes

- k) Erlass der Beitragsordnung, die nicht Bestandteil der Satzung ist
 - l) Beschlussfassung über die Übernahme neuer Aufgaben oder den Rückzug aus Aufgaben seitens des Vereins
 - m) Verhandlung und Beschlussfassung über die Berufung eines Mitglieds gegen seinen Ausschluss aus dem Verein (siehe § 5, Abs. 4 c)
 - n) Beschlussfassung über Änderungen der Satzung und die Auflösung des Vereins sowie die Verwendung seines Vermögens.
- (4) Die Mitgliederversammlungen sind durch den Vorstand schriftlich einzuberufen. Bei schriftlicher Einwilligung des Mitglieds kann die Einladung auch per Email erfolgen. Die Einladungen sind so abzusenden, dass sie die Empfängerin bzw. den Empfänger nach allgemeiner Erfahrung mindestens vierzehn Tage vor der Mitgliederversammlung erreichen. Der Vorstand schlägt die Tagesordnung vor, die durch Beschluss der Mitgliederversammlung ergänzt und geändert werden kann. Seinen Tagesordnungsvorschlag hat der Vorstand der Einladung an die einzelnen Mitglieder beizufügen.
 - (5) Die jährliche Mitgliederversammlung ist möglichst vier Wochen vor Beginn der Sommerferien abzuhalten.
 - (6) Der Vorstand kann außerordentliche Mitgliederversammlungen einberufen.
 - (7) Außerdem ist eine außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen, wenn mindestens 20 % der Mitglieder dies schriftlich oder zur Niederschrift gegenüber dem Vorstand verlangen. Kommt der Vorstand einem solchen Verlangen nicht nach, ist gemäß § 37 BGB zu verfahren.
 - (8) Eingeschränkt geschäftsfähige Vereinsmitglieder sind in der Mitgliederversammlung stimmberechtigt. Jegliche Einschränkungen dieses Stimmrechts durch die Mitgliederversammlung, insbesondere eine Benachteiligung gegenüber voll geschäftsfähigen Mitgliedern, ist unzulässig. Die Übertragung des Stimmrechts von eingeschränkt geschäftsfähigen Mitgliedern auf deren nach dem Gesetz Vertretungsberechtigte ist unzulässig. Das Recht der gesetzlichen Vertreter bleibt hiervon unberührt.
 - (9) Änderungen der Satzung, des Namens oder des Zwecks des Vereins sind durch eine Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen, gültigen Stimmen in der Mitgliederversammlung möglich.
 - (10) Beschlüsse über Satzungs- oder Zweckänderungen bzw. die Auflösung des Vereins sind den zuständigen Behörden anzuzeigen. Satzungsänderungen, die die in § 2 genannten gemeinnützigen Zwecke betreffen, bedürfen der Einwilligung des Finanzamtes. Anträge auf Satzungsänderung müssen der Einladung im vollen Wortlaut beiliegen.
 - (11) Über die Beschlüsse und, soweit zum Verständnis über deren Zustandekommen erforderlich, auch über den wesentlichen Verlauf der Verhandlung, ist eine Niederschrift anzufertigen. Sie wird vom Protokollführer unterschrieben. Dieses Protokoll muss den Mitgliedern innerhalb von einem Monat zugänglich sein. Einwendungen können nur innerhalb eines Monats, nachdem die Niederschrift zugänglich gemacht worden ist, erhoben werden.

§ 10 Vorstand

- (1) Der Vorstand ist verantwortlich für:
 - a) die Führung der laufenden Geschäfte,
 - b) die Ausführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung,
 - c) die Verwaltung des Vereinsvermögens,
 - d) die Aufstellung eines Haushaltsplans für jedes Geschäftsjahr,
 - e) die Buchführung,
 - f) die Erstellung des Jahresberichts,
 - g) die Vorbereitung und
 - h) die Einberufung der Mitgliederversammlung.
- (2) Zu Vorstandsmitgliedern können nur ordentliche Mitglieder des Vereins bestellt werden. Der Vorstand besteht aus mindestens drei Mitgliedern, und zwar der Vorsitzenden bzw. dem Vorsitzenden, der Schriftführerin bzw. dem Schriftführer und der Schatzmeisterin bzw. dem Schatzmeister.
- (3) Besetzung der Ämter des Vorsitzenden, des Schriftführers und des Schatzmeisters, sowie eventuell weiterer Vorstandsmitglieder erfolgt einzeln durch die Mitgliederversammlung. Dabei ist zur Besetzung des jeweiligen Amtes die einfache Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich. Wird dies im ersten Wahlgang nicht erreicht, ist eine Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten mit den höchsten Stimmenanteilen für das jeweilige Amt durchzuführen.
- (4) Der Vorstand wird für jeweils zwei Geschäftsjahre gewählt. Er bleibt solange im Amt bis eine Neuwahl erfolgt.
- (5) Die Vorsitzende bzw. der Vorsitzende, die Schriftführerin bzw. der Schriftführer und die Schatzmeisterin bzw. der Schatzmeister sind einzelvertretungsberechtigt im Sinne des § 26 Abs. 2 Satz 1 BGB. Die Bestimmungen des § 12 bleiben unberührt.
- (6) Der Vorstand entscheidet durch Beschluss in Vorstandssitzungen, zu denen rechtzeitig einzuladen ist. Durch die Art der Einladung muss sichergestellt werden, dass jedes Vorstandsmitglied die Gelegenheit hat, von Ort, Zeit und Inhalt der Vorstandssitzung rechtzeitig Kenntnis zu nehmen. Die Schriftform ist nicht zwingend erforderlich.
- (7) Die Vereinsmitglieder dürfen der Vorstandssitzung beiwohnen, wenn der Vorstand nichts Abweichendes beschließt.
- (8) Die Beschlüsse sind schriftlich zu protokollieren und von dem Vorstandsvorsitzenden zu unterzeichnen.

§ 11 Übertragung von Aufgaben (Ausschüsse)

- (1) Neben dem Vorstand ist die Bestellung besonderer Vertreter für einzelne Geschäftsbereiche ausdrücklich gestattet.
- (2) Zur Erledigung bestimmter Aufgaben kann die Mitgliederversammlung durch Beschluss Ausschüsse einsetzen. Im Beschluss werden Aufgaben und Befugnisse des jeweiligen Ausschusses festgelegt. Diese Aufgaben und Befugnisse können durch Beschluss der Mitgliederversammlung jederzeit abgeändert wer-

den. Ein Ausschuss besteht ab Beschluss über seine Einrichtung; er besteht so lange bis ein weiterer Beschluss seine Auflösung festlegt.

- (3) Modalitäten von Mitgliedschaft und Aufnahme von natürlichen und juristischen Personen in einen Ausschuss wird durch die Mitgliederversammlung bei Einsetzen des Ausschusses festgelegt. Insbesondere können auch Nichtvereinsmitglieder Mitglieder in einem Ausschuss des Vereins sein.
- (4) Innerhalb seines Aufgabengebietes und unter Maßgabe der sonstigen Regelungen des Vereins und der Schule, insbesondere des Haushaltsplans, arbeitet ein Ausschuss völlig eigenständig, ist jedoch auf Verlangen gegenüber der Mitgliederversammlung auskunfts- und rechenschaftspflichtig.
- (5) Auf Vorschlag des Ausschusses bestimmt der Vorstand eine Verantwortliche bzw. einen Verantwortlichen. Diese Verantwortliche bzw. dieser Verantwortliche wird als besondere Vertreterin bzw. als besonderer Vertreter des Vereins bestellt.
- (6) Die Verantwortliche bzw. der Verantwortliche vertritt den Ausschuss nach außen und darf im Rahmen ihres bzw. seines Amtes Rechtsgeschäfte zu Gunsten oder Lasten des Vereins abschließen.
- (7) Der Vorstand kann hierzu jedoch Beschränkungen festlegen, etwa einen Höchstbetrag, die Gegenzeichnung durch die Schatzmeisterin bzw. den Schatzmeister des Vereins oder ähnliches.

§ 12 Amtszeiten

- (1) Wer in ein Amt des Vereins, seiner Organe oder sonstiger Gruppierungen gewählt wird, hat dieses Amt regulär bis zum Ende des Geschäftsjahres inne, für das sie bzw. er in dieses Amt gewählt wurde. Es können hiervon abweichende Regelungen in den Geschäftsordnungen der entsprechenden Organe getroffen werden. Eine Amtszeit darf jedoch ein Jahr nicht überschreiten mit Ausnahme des Vorstandes, dessen Amtszeit zwei Jahre beträgt. Die Wiederwahl ist möglich.
- (2) Vorzeitig enden kann das Amt durch
 - a) Tod,
 - b) dauernde Verhinderung,
 - c) Verweigern der Amtsausübung,
 - d) Abberufung oder
 - e) Rücktritt. Der Rücktritt ist schriftlich oder zur Niederschrift einem Mitglied des Vereinsvorstands gegenüber zu erklären.
- (3) Endet die Amtszeit einer Amtsinhaberin bzw. eines Amtsinhabers vorzeitig, so wählen die verbliebenen Mitglieder des betroffenen Gremiums eine vorläufige Nachfolgerin bzw. einen vorläufigen Nachfolger. Dies kann unterbleiben, wenn ohnehin die nächste reguläre Wahl kurz bevorsteht und bis dahin nicht mit wesentlichen Aufgaben für dieses Gremium zu rechnen ist.
- (4) Dauernde Verhinderung und Verweigerung der Amtsausübung werden durch die Mitgliederversammlung festgestellt. Dazu ist jeweils eine Zwei-Drittel-Mehrheit erforderlich. Abberufungen erfolgen auf die gleiche Weise. Vorstandsmit-

glieder bleiben bis zur Neubesetzung ihres Postens kommissarisch im Amt.
Für alle anderen Ämter sind die Beschlüsse über das Amtsende sofort wirksam.

§ 13 Beschlüsse und Wahlen

- (1) Grundsätzlich werden Entscheidungen aller Organe und Gruppierungen des Vereins per Mehrheitsbeschluss gefällt. Soweit die Satzung oder gesetzliche Vorschriften nichts anderes bestimmen, oder es in der Geschäftsordnung des entsprechenden Organs oder Gremiums nicht anders geregelt ist, werden Entscheidungen mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen der anwesenden Mitglieder gefällt. Stimmenthaltungen werden als ungültige Stimmen gewertet.
- (2) Auf Verlangen auch nur eines anwesenden und stimmberechtigten Mitglieds der Gruppierung oder des Organs sind Abstimmungen bzw. Wahlen geheim abzuhalten.

§ 14 Sonstige Bestimmungen

- (1) Sollten einzelne Bestimmungen dieser Satzung gemäß geltendem Recht ungültig sein oder werden, so berührt dies die Wirksamkeit der übrigen Regelungen nicht. Die beanstandete Bestimmung ist durch eine solche zu ersetzen, die dem inhaltlichen Zweck der ursprünglichen möglichst nahe kommt.

§ 15 Auflösung des Vereins

- (1) Die Auflösung des Vereins kann nur die Mitgliederversammlung mit einer Mehrheit von drei Vierteln der anwesenden Mitglieder beschließen. Zu der Abstimmung müssen mindestens 50 % aller Mitglieder des Vereins anwesend sein.
- (2) Ist die Voraussetzung zu Absatz 1 Satz 2 nicht erfüllt, so ist eine weitere Mitgliederversammlung einzuberufen. Diese kann die Auflösung des Vereins mit Drei-Viertel-Mehrheit der dann anwesenden Mitglieder beschließen, ohne dass die Voraussetzung zu Absatz 1 Satz 2 erfüllt sein muss.
- (3) Die Auseinandersetzung erfolgt nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches.
- (4) Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt sein Vermögen an eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder eine andere steuerbegünstigte Körperschaft zwecks Verwendung für die Förderung demokratischer Schulen. Die Auswahl des Empfängers erfolgt durch Beschluss der Mitgliederversammlung. Der Beschluss darf nur mit Zustimmung des Finanzamts vollzogen werden.

Von der Gründungsversammlung einstimmig beschlossen.

Düsseldorf am 5. Juli 2009

